

Mehr als eine Million Arbeiter*innen ohne Papiere haben in Spanien ihre Legalisierung beantragt. Ein wichtiger Schritt im Kampf um gleiche soziale Rechte – und ein Beispiel dafür, dass die Linke den rassistischen Kampagnen der Rechten etwas entgegensetzen kann.



Migranten warten in Barcelona auf die Öffnung eines Regierungsbüros, um ihre Regularisierung zu beantragen.

»Gleiche Rechte« oder »gut für Deutschl

Wenn die Linke die Rechte stoppen will, muss sie das Thema Migration sozialistisch besetzen. In den USA könnte man sehen, wie das geht

RAUL ZELIK

Dem aktuellen Bericht des Forschungsprojekts »Measuring Irregular Migration« (MireM) zufolge leben in den wichtigsten »zwölf europäischen Ländern inklusive Großbritannien« etwa drei Millionen irreguläre Migrant*innen – »weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung«. Die Zahlen hätten sich im vergangenen Jahrzehnt auch kaum verändert, so die Forscher*innen weiter. Leicht gewachsen seien sie in Österreich, Deutschland und Spanien; zurückgegangen hingegen in Griechenland und Polen.

Der Befund ist bemerkenswert: Drei Millionen Illegalisierte (plus zusammengezählt etwas mehr als acht Millionen Menschen, die seit 2015 in der EU Asylansprüche gestellt haben) sollen dafür verantwortlich sein, dass der Wohlstand von 450 Millionen EU-Bürger*innen gefährdet ist und die Mieten steigen. Eigentlich liegt auf der Hand, dass mit dieser Rechnung etwas nicht stimmt und der Abbau der Sozialsysteme in Europa ganz andere Ursachen haben muss als die »ungesteuerte Migration«. Dennoch ist die öffentliche Debatte von rechten Wahnvorstellungen beherrscht.

Hannah Arendt war weiter als Die Linke

Das liegt zumindest teilweise auch daran, dass die europäische Linke es bislang wenig versteht, die migrationspolitische Frage mit eigenen, sozialistischen Deutungen zu besetzen. Stattdessen folgt sie auf die eine oder andere Weise den Argumentationen des bürgerlichen Mainstreams. In der Partei Die Linke etwa

meinten die einen, angeführt von Sahra Wagenknecht, die in Deutschland ansässigen Beschäftigten vor zuwandernden Arbeiter*innen »schützen« zu müssen, während die anderen mit tendenziell liberalen Argumenten dagegen hielten: Sie plädierten für »mehr Menschlichkeit« oder verwiesen auf den »ökonomischen Nutzen« der Migration. Doch weder die einen noch die anderen nahmen eine Position ein, die sich im Kern als sozialistisch bezeichnen ließe.

Nähme die Linke ihre sozialistische Tradition ernst, müsste sie ausgehend vom Gleichheits- und Solidaritätsprinzip jede Spaltung der unteren Klassen zurückweisen – und damit das Ausländer- und Aufenthaltsrecht ablehnen, das die Spaltung zwischen »einheimischen und fremden«, »legalen und illegalen« Arbeiter*innen überhaupt erst etabliert.

Auf diesen Punkt wies schon die – keineswegs sozialistische – Philosophin Hannah Arendt hin, die das Staatsbürgerrecht einst als »Recht, Rechte zu haben«, kritisierte. Über die nationale Zugehörigkeit werden soziale und demokratische Rechte exklusiv organisiert – eine eklatante Verletzung des Gleichheitsprinzips. Insofern ist auch die Forderung nach Einbürgerung der Migrant*innen aus sozialistischer Perspektive ungenügend: Sie ändert nichts am anti-egalitären Charakter des Staatsbürgerrechts, sondern verkleinert nur den Kreis der Betroffenen.

Was außerdem bei Arendt fehlt, aus sozialistischer Perspektive allerdings noch wichtiger wäre: Das Ausländer-, Aufenthalts- und Staatsbürgerrecht ist im Kapitalismus vor allem ein Werkzeug zur Spaltung und Entrechtung der Arbeiterklasse. Migrationsforscher*innen wie

Harsha Walia, Sandro Mezzadra oder Brett Neilson haben schon vor vielen Jahren aufgezeigt, wie die Grenz- und Migrationspolitik den illegalen Status von Migrant*innen gezielt produziert, um einen Niedriglohnsektor zu schaffen. Dementsprechend geht es der politischen Rechten mit ihrer scharfen Grenz- und Migrationspolitik keineswegs um ein Ende der Einwanderung, sondern um die Entrechtung der illegalisierten Beschäftigten. Die Rechte will eine Arbeiterklasse, die sich gegen ihre Ausbeutung nicht wehren kann. Damit betreibt sie Klassenpolitik von oben. Für eine sozialistische Partei sollte es naheliegend sein, diese Art von Argumentation nach vorne zu stellen.

Für »Bewegungsfreiheit«

Unter den US-amerikanischen »Democratic Socialists« (DSA) scheint diese Debatte weiter als in Europa. Im Selbstverständnis der Organisation wird »Bewegungsfreiheit« als zentrale Forderung genannt: Die DSA wollen es »den Arbeitern ermöglichen, auf der Suche nach Arbeit frei und ohne restriktive Einwanderungskontrollen zwischen Ländern zu migrieren«, heißt es dort. Die Grenze soll entmilitarisiert, allen Einwanderern »Zugang zu Jobs, Arbeitsrechten und Sozialleistungen« eröffnet und sämtliche Migrant*innen sollen legalisiert werden.

Selbstverständlich greifen auch DSA-Politiker wie New Yorks Bürgermeister Zohran Mamdani in der politischen Auseinandersetzung auf Argumente wie die »Verteidigung der Menschlichkeit« zurück. Doch insgesamt tut sich die US-Linke leichter bei der Verbindung von klassenkämpferischen und

grenzabolitionistischen Positionen – also von Forderungen, die die Abschaffung von Grenzregime und Migrationspolitik anstreben. Der Wahlkampf der DSA-Kandidatinnen Melat Kiros und Avila Chevalier, die Ende Juni überraschend die Vorwahlen für die (als relativ sicher geltenden) demokratischen Kongresswahlkreise in Denver und New York gewannen, kreisten in diesem Sinne ganz um die Parole »Abolish ICE«. Die US-Abschiebepolizei gilt ihnen als Speerspitze des Klassenkampfs von oben.

Das Ausländerrecht ist ein Instrument der Entrechtung. Es soll Migration nicht verhindern, sondern erschafft einen Niedriglohnsektor.

Dass die Migrationsfrage in der US-Linke eine zentrale Rolle spielt, liegt natürlich auch daran, dass die nordamerikanische Linke mittlerweile ganz anders zusammengesetzt ist als Die Linke in Deutschland. Die bisherigen vier demokratisch-sozialistischen Kongressabgeordneten der »Squad« sind schwarze und braune Frauen – und auch die drei

neuen aussichtsreichen DSA-Kandidatinnen stehen für eine migrantische Arbeiter*innen-Linke.

Wer hat Interesse an den Grenzen?

Trotz des Austritts von Sahra Wagenknecht hat sich in der deutschen Linke in dieser Hinsicht bisher eher wenig getan. Zwar hat sich eine migrationsfreundliche Linie durchgesetzt, doch die Partei wirkt dabei wie eine Fürsprecherin migrantischer Rechte und nicht als Ort migrantischer Organisation. Das Wahlprogramm 2025 stützt sich unter dem Motto »Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft« auf humanitäre Appelle und nationale Nützlichkeitsargumente. So heißt es zum Beispiel: »Die großen Herausforderungen von mehr Personal in Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, von ausreichend bezahlbarem Wohnraum, funktionierendem Nahverkehr, sozialem und ökologischem Umbau der Wirtschaft werden wir nur gemeinsam schaffen ... Menschen mit Migrationsgeschichte leisten wertvolle Arbeit.«

Zwar formuliert Die Linke dabei völlig richtige Forderungen: Sie will »sichere und legale Einwanderungswege eröffnen« sowie den schnellen »Einstieg in die Arbeitswelt« und »volle Teilhabe« ermöglichen. Doch es fehlt ein Hinweis darauf, warum das bislang anders ist. Die restriktive Grenzpolitik wird mit mangelnder Einsicht oder Rassismus erklärt – und eben nicht, wie es für eine sozialistische Organisation naheliegend sein sollte, mit den materialistischen Interessen des Kapitals. Das hat durchaus praktische Folgen: Wer den Mangel an Menschlichkeit betont, hofft auf Aufklärung. Wer hingegen nach materiellen Interessen fragt, adressiert einen Gegner.

Auch deshalb sind die Entwicklungen in Spanien und Frankreich interessant. Die



DPN/ZUMA PRESS



AFP/ARNAUD FINISTRE

Symbolträger des »Neuen Frankreichs«: Der linke Bürgermeister von Saint Denis, Bally Bagayoko (France Insoumise)

» Eine Politik, die Menschen gegeneinander ausspielt «

Die Initiative »Women in Exile« fordert eine Migrationspolitik, die Schluss macht mit Ausgrenzung und Entsolidarisierung

■ INTERVIEW: ULRIKE WAGENER

In Spanien hat die Regierung Migrant*innen die Möglichkeit eröffnet, sich legalisieren zu lassen. Mehr als eine Million Menschen haben einen Antrag gestellt. Was haben Sie gedacht, als Sie davon hörten?

Die Legalisierung ist bemerkenswert, weil viele andere europäische Länder und die USA gerade das Gegenteil tun: Sie wollen mehr Menschen abschieben. Man darf aber nicht vergessen, dass auch Spanien an seinen Grenzen zu Marokko sehr hart gegen Migrant*innen vorgeht. Für mich wäre es daher wichtig, dass die Maßnahme für alle offen ist.



■ Elizabeth Ngari ist Frauenrechtsaktivistin und hat 2002 zusammen mit anderen geflüchteten Frauen die Initiative Women in Exile gegründet. Die Gruppe unterstützt die Selbstorganisation von Geflüchteten in Heimen.

FOTO: PRIVAT

Die Linke in Deutschland setzte in ihren Wahlkämpfen zuletzt ganz auf das Thema bezahlbarer Wohnraum. Die Themen Flucht und Migration kamen wenig vor, obwohl die Partei im Grundsatzprogramm ähnliche Forderungen wie Ihre Initiative vertritt. Wie sollte die Partei ihre migrationspolitischen Forderungen nach außen tragen?

Ich finde, die Linke sollte nicht nur über Themen sprechen, mit denen sie viele Stimmen

gewinnen kann. Das Thema hohe Mieten betrifft natürlich sehr viele Deutsche, aber auch Geflüchtete haben große Probleme mit Wohnraum – sie dürfen oft gar keine eigene Wohnung mieten. In einem Lager zu leben, das ist kein richtiges Wohnen, sondern nur ein »Gelagertsein«. Viele Probleme hängen miteinander zusammen. Die Linke sollte sie zusammenbringen und daraus eine klare, offensive Kampagne machen.

Was meinen Sie mit offensiv?

Die Linke sollte zeigen, dass Migrant*innen auch viel Positives für das ganze Land bringen. Es bringt nichts, Menschen in Lagern festzuhalten und ihnen nicht zu erlauben, arbeiten zu gehen. Wenn sie stattdessen selbst Geld verdienen dürfen, hilft das nicht nur ihnen, sondern auch dem Land insgesamt.

Aber das würde sich ja wieder mit der Argumentation decken, wonach Deutschland nur jene Migrant*innen aufnehmen sollte, die »der deutschen Wirtschaft« nützen.

Es gibt Menschen, die schon seit Ewigkeiten hier leben und die, wie jetzt in Spanien, keinen Zugang zu vielen Dingen haben: zu Arbeit, Wohnraum oder zu Bildung. Einige Frauen in Brandenburg dürfen nicht mehr am Deutschkurs teilnehmen, weil das BAMF den Zugang zu »freiwilligen Integrationskursen« beschränkt hat. Wir fordern, dass alle Geflüchteten in Deutschland bleiben dürfen, hier arbeiten und sich ein Leben aufbauen, unabhängig von ihrer Qualifikation oder ihrem »Nutzen« für den Staat. In der Praxis könnte das heißen, dass alle Menschen ohne Papiere und solche mit einer Duldung unkompliziert legalisiert werden – wie jetzt in Spanien.

Über das »Chancenaufenthaltsrecht« der Ampel konnten über 82 000 Menschen in einer Duldung eine Bleibeperspektive bekommen. Das Gesetz ist Ende 2025 ausgelaufen. War das ein gutes Modell? Ich kenne einige Menschen, die davon profitiert haben. Aber insgesamt waren

die Hürden sehr hoch. Zwar wurden auch einige Menschen ohne geklärte Identität anerkannt, aber Menschen ohne Papiere werden für sehr viele Dinge kriminalisiert, die dann später verhindern, dass sie anerkannt werden. Zum Beispiel Widerstand gegen die Abschiebung oder Täuschung über die Identität. Es wäre besser, wenn einfach alle Menschen in Duldung einen Aufenthaltstitel bekämen.

» Die Legalisierung ist schon allein deswegen bemerkenswert, weil viele andere europäische Länder gerade das Gegenteil tun.«

2024 hat die Bundesregierung beschlossen, deutschlandweit eine elektronische Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen. Seit 2026 gibt es die jetzt auch in Berlin. Schon in den 90ern wurde ein Gutscheinsystem für Geflüchtete eingeführt. Das hat nicht funktioniert, jetzt kommt es digital zurück. Das kostet den Staat Unsummen, und die Betroffenen können nicht überall einkaufen – und auch nicht alles, was sie wollen. Solidarische Gruppen haben organisiert, dass Geflüchtete mit der Bezahlkarte Gutscheine kaufen und gegen Bargeld eintauschen. Doch einige Supermärkte haben bereits verweigert, dass Menschen mit der Bezahlkarte Gutscheine kaufen. Das ist eine Politik, die darauf abzielt, Menschen gegeneinander auszuspielen. Dem sollten linke Parteien etwas entgegensetzen.

Selbstbewusst migrantisch

Die Linkspartei La France Insoumise setzt verstärkt auf die politische Kraft der Einwanderer

ARMIN OSMANOVIC

Aus Angst, Wähler*innen zu verschrecken, blieb Frankreichs politische Linke in Sachen Migration lange Zeit auffällig stumm. Jean-Luc Mélenchon, Präsidentschaftskandidat des linkssozialistischen La France Insoumise (LFI), geht nun einen anderen Weg: Statt das Migrationsthema verschämt zu behandeln, ruft er ein »Neues Frankreich« (Nouvelle France) aus, das den demografischen Wandel der Gesellschaft anerkennt. 40 Prozent der französischen Bevölkerung haben heute schon einen migrantischen oder postkolonialen Hintergrund – und ihre Zahl wächst weiter.

Mélenchon geht es dabei selbstverständlich auch um Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr. Er zielt auf die Mobilisierung der schwarzen Franzosen aus den ehemaligen Kolonien vor allem in Afrika. Mélenchon, in Tanger in der ehemaligen Kolonie Marokko geboren, verspricht diesen Menschen die vorenthaltene Anerkennung. »Zu schwarz, um Französin zu sein«, lautete der Titel eines Dokumentarfilms der französisch-ivorischen Filmemacherin Isabelle Boni-Clavier. Mélenchon antwortet auf diesen Befund, indem er schwarze Politiker wie Bally Bagayoko, den Bürgermeister der Großstadt Saint-Denis, fördert und von Frankreich als »gemischter« (métissage) Nation spricht.

Rechtsradikale und traditionelle Rechte spucken wütend Gift und Galle, hatten sie doch geglaubt, dass sich keine politische Kraft trauen würde, sich ihrer Migrations- und Identitätspolitik zu widersetzen. Dass die migrantische und postkoloniale Bevölkerung Wahlen mitentscheiden kann, hat sich bereits bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2024 gezeigt. Der Kandidat des rechten Rassemblement National, Jordan Bardella, hatte damals schon wie der sichere Sieger ausgesehen, doch dann kam es anders.

Entscheidend für den Wahlausgang war auch der Fußballstar Kylian Mbappé, der mit seinem Wahlauftritt gegen den RN viele junge Menschen in den Vorstädten erreichte. Dort siegten linke Kandidaten; das Wahlbündnis aus LFI, Sozialdemokraten, Grünen und Kommunisten wurde zum stärksten Block in der französischen Nationalversammlung.

Bei den Kommunalwahlen im März hat sich dieses Szenario nun wiederholt. Wieder gelang es dem RN nicht, auf breiter Front zu gewinnen. Die großen Metropolen blieben – mit Ausnahme von Nizza – in den Händen der Linken.

In seinem Kampf um das Präsidentenamt im Mai 2027 wird für Mélenchon viel davon abhängen, ob er in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen sein »Neues Frankreich« mobilisieren kann, um etwa 20 Prozent zu erreichen. Im zweiten und entscheidenden Wahlgang muss er, neben migrantischen und postkolonialen Wähler*innen und seinen alten Stammwählern unter Arbeiter*innen, dann auch die linksliberalen Wähler*innen in den Metropolen erreichen. Gerade die haben allerdings wenig Vertrauen in Mélenchon, der mit seinen fast 75 Jahren zu Frankreichs alter politischer Garde gehört.